

Ressort: Finanzen

Gewerkschaften widersprechen Wirtschaftsverbänden

Berlin, 21.04.2015, 01:00 Uhr

GDN - Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben die Bundesregierung zu einer Abkehr von ihrer bisherigen Wirtschaftspolitik aufgefordert und damit einen Streit mit den Gewerkschaften ausgelöst: In einem gemeinsamen Appell an die Bundesregierung fordern sie, dass es "statt um Verteilung" künftig wieder darum gehen müsse, wie der Wohlstand erwirtschaftet werde - der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) widersprach dem deutlich. "Wer behauptet, Umverteilung bedrohe die Wirtschaftskraft, lebt in einer Parallelwelt", sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell der "Frankfurter Rundschau" (Dienstagsausgabe).

"Tatsächlich kann nur eine gerechtere Verteilung den Aufschwung in Deutschland stabilisieren." Körzell lobte die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes und die besseren Lohnabschlüsse als Treiber dafür, dass das deutsche Wirtschaftswachstum "erstmal seit langem wieder von der Binnennachfrage getragen" werde. "Das Geld muss bei den Beschäftigten landen, die es auch ausgeben und so die Wirtschaft ankurbeln, nicht bei Millionären und Topverdienern, die das Geld nur an die Börse tragen." Vermögen und Einkommen seien kaum irgendwo so ungleich verteilt wie in Deutschland, so Körzell. Auch vom Präsidenten des Sozialverbands Deutschland, Adolf Bauer, kamen Widerworte. "Erst den Staat auszubluten und dann den Stopp der Ersten Hilfe zu fordern, ist schamlos", sagte er der "Frankfurter Rundschau". "Dies gilt insbesondere, weil verstärkte Maßnahmen gegen steigende Armutsrisiken unverzichtbar sind. Dazu gehören zweifellos funktionierende Sozialstandards, wie etwa der gesetzliche Mindestlohn." Das Papier der Wirtschaftsverbände mit dem Titel "Das Deutschland-Prinzip - Was uns stark macht", wurde am Montag über die "Bild"-Zeitung lanciert, die daraus zitierte. Damit verbunden ist eine Anzeigenkampagne. Getragen wird das Papier vom Bundesverband der Deutschen Industrie, den Arbeitgeberverbänden, den Branchenverbänden Metall, Chemie und Automobilindustrie sowie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-53257/gewerkschaften-widersprechen-wirtschaftsverbaenden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619